

13.59

Abgeordneter Mag. Gerald Loacker (NEOS): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Hohes Haus! Wir diskutieren Dienstrechtsveränderungen im Beamten-Dienstrecht und die Gehaltserhöhung für die öffentlich Bediensteten, und diese ist mit im Schnitt 7,3 Prozent respektabel ausgefallen.

Wir gönnen natürlich den öffentlich Bediensteten diese Erhöhung, aber jenen, die das Geld empfangen, stehen immer auch die gegenüber, die das Geld aufbringen, die also diesen öffentlichen Dienst finanzieren, und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler waren bei dieser Verhandlung um das Dienstrecht, um die Gehaltserhöhung für den öffentlichen Dienst, schlecht vertreten, Herr Vizekanzler. Die Interessen der Steuerzahler waren eigentlich **gar** nicht vertreten.

Im Gegenteil: Der Vizekanzler hat in seiner Zuständigkeit für den öffentlichen Dienst bereits im Oktober Besserstellungen verkündet, höhere Einstiegsgehälter verkündet, höhere Zulagen verkündet – und nachdem er diese Geschenke bekannt gegeben hat, ist er daran gegangen, die Prozentenerhöhung zu verhandeln.

Das macht ja kein ernst zu nehmender Verhandler um Gehaltserhöhungen! Man würde sich normalerweise vorher arbeitgeberseitig überlegen: Was habe ich denn, das ich hergeben kann, wo schmerzt es mich nicht so sehr? – zum Beispiel bei den Einstiegsgehältern –, und würde sagen: Ihr bekommt bessere Einstiegsgehälter, dafür fällt im Gegenzug die Gesamtprozentenerhöhung nicht so hoch aus!

Oder man könnte sich überlegen: Bekomme ich im Gegenzug zu den höheren Einstiegsgehältern etwas anderes?, nämlich: Wir streichen die bezahlte Mittagspause für den öffentlichen Dienst oder wir streichen die Sonderregelung für den Karfreitag! – So etwas hätte man sich überlegen können, aber das hat der Herr Vizekanzler nicht gemacht, sondern er hat zuerst alles hergeschenkt und ist dann mit runtergelassenen Hosen in die Verhandlungen mit der

Gewerkschaft öffentlicher Dienst gegangen. (*Präsidentin Bures übernimmt den Vorsitz.*)

Das habe ich im Ausschuss angesprochen, dass man da mehr hätte herausholen können, und der Herr Vizekanzler hat mir entgegnet: Das spielt ja keine Rolle, ob dann 6,3 oder 7,3 Prozent herauskommen! – Ja, so kann man natürlich mit Steuergeld umgehen, aber so soll man nicht mit Steuergeld umgehen.

(*Beifall bei den NEOS.*) Ob es nämlich 6,3 Prozent oder 7,3 Prozent sind, das macht 135 Millionen Euro Unterschied, und das jedes Jahr; und weil sich solche Prozenterhöhungen aufsummieren und ein Zinseszinsseffekt die Folge ist, wird das jedes Jahr noch teurer.

Die Regierung und ihre Vorgängerregierungen sind ja bekannt dafür, dass sie sich gerne von externen Beratern beraten lassen. Es ist oft rausgeworfenes Geld, aber in diesem Fall, vor dem Verhandeln mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, wäre es vermutlich gescheit, sich einmal von Profis beraten zu lassen; denn wenn die Mitarbeiter aus der Sektion das arbeitgeberseitig verhandeln, dann verhandeln ja in Wirklichkeit Leute aus dem öffentlichen Dienst arbeitgeberseitig mit Leuten aus dem öffentlichen Dienst arbeitnehmerseitig und verhandeln in die eigene Tasche hinein. Das ist eigentlich ein Interessenkonflikt, der so nicht stattfinden sollte. Darüber wäre dringend nachzudenken, nämlich im Sinne jener Steuerzahler, die solche Wohltaten dann auch finanzieren müssen. (*Beifall bei den NEOS.*)

14.02

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Eva Blimlinger. – Bitte.